

1. Vortrag der Reihe Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Die Schweiz: Vielfältig oder durch Gräben gespalten?

Josef Lang, Historiker, alt Nationalrat

Die Schweiz war schon immer ein vielfältiges und häufig auch gespaltenes Gebilde. Und es gab Zeiten, in denen sie durch Gräben gespalten war, die viel tiefer waren, als es die heutigen sind. Am dramatischsten waren die Zeiten, in denen sie nur in zwei oder drei Gräben gespalten war.

Das Wissen darüber ist aus zwei Gründen bedeutend für heute: Erstens erleichtert sie jene Gelassenheit, die eine Diskussion über die Frage Vielfalt / Gräben und damit auch Lösungen oder Linderungen erleichtert. Und zweitens können wir aus der Überwindung der historischen Gräben lernen.

In der **Alten Eidgenossenschaft** gab es zwei Haupt-Gräben, welche die vormoderne Gesellschaft spalteten: die zwischen **Untertanen und Herren** und die zwischen **Protestanten und Katholiken**. Bis zur Helvetik von 1798 stellten die Untertanen 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung. Als nach dem Sturz Napoleons ein Teil der alten Herrschaften unter Führung des Berner Patriziats und der Urschweizer Landsgemeinden die Untertanengebiete wie den Aargau oder den Tessin wieder zurückholen wollten, wurde sie vor allem von einem Machtträger daran gehindert: dem russischen Zaren! Er wollte eine starke Schweiz, welche gegen Frankreich einen Puffer bildete.

Das wichtigste Stärke- und Integrations-Mittel war das **Gleichheitsprinzip**. Wie wichtig den Bundesgründern die Überwindung des Herren-Untertanen-Grabens lag, zeigt Artikel 4. der **Bundesverfassungen von 1848 und 1874**:

„Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Untertanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen.“

Diese eigentümliche Formulierung blieb offiziell bis **1999**, als **die dritte Bundesverfassung** in der Geschichte des Bundesstaates beschlossen wurde. Die Absätze 1 und 2 des neuen Gleichheitsartikels 8 lauten:

¹ *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.*

² *Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.“*

Diese Aufzählung zeigt, dass die heutigen Zeiten etwas komplexer sind als die damaligen. Sind sie deshalb auch schwieriger?

Der **nachhaltigste Graben in der Schweizer Geschichte war der konfessionelle.**

Ich erlebte ihn noch in den 1980er Jahren, als mein Bruder, der Erbe des elterlichen katholischen Freiämter Bauernhofes, eine protestantische Bauerntochter heiratete und danach – ganz traditionalistisch – die Kinder im Glauben der Mutter taufen wollte.

Wie tief die religiöse Spaltung der Alten Eidgenossenschaft war, davon zeugen nicht nur all die Konfessionskriege. Der zweite von Villmergen am Jakobstag 1712 mit 4000 Toten innert weniger Stunden war – abgesehen von Nordirland – der letzte Religionskrieg in Westeuropa. Davon zeugt auch die Tatsache, dass es nach der konfessionellen Spaltung in den 1520er Jahren fast doppelt so

viele katholische und protestantische Tagsatzungen gab als gemeinsame. Und dass die Eid-Genossen von 1526 bis zur allerletzten Tagsatzung vor der französischen Invasion 1797 keinen Eid schwören konnten, weil die Katholiken auf den Heiligen beharrten und die Protestanten auf diese partout nicht schwören wollten.

Die Helvetische Gesellschaft, die 1761 im Untertanenort Schinznach gegründet wurde, hatte dank der Aufklärung eine liberale Lösung für das Konfessionsproblem: Katholiken und Protestanten leben zusammen in einem nationalen Gemeinwesen, das selber keiner Konfession gehört. Aber für Konservative, katholische wie protestantische, war ein Gemeinwesen ohne gemeinsame religiöse Grundlage undenkbar. Religiös hiess damals konfessionell.

So entstand der Graben Liberal-Konservativ.

Die konfessionelle Spaltung wurde ergänzt und überlagert durch eine weltanschauliche Spaltung. Der neue Kulturkampf-Graben bestimmte und spaltete die Schweiz im 19. Jahrhundert stärker als irgendeine andere Frage. Zwischen 1840 und 1890 gab es eine extreme Polarisierung zwischen liberalen Radikalen und konservativen Ultramontanen, den auf den Vatikan ultra montes, jenseits der Berge, ausgerichteten Katholiken. Allerdings gab es unter den freisinnigen Kulturkampf-Köpfen auch Katholiken wie der Freiämter Augustin Keller oder der Fricktaler Josef Fidel Wieland. Und die Ultramontanen fanden die Unterstützung von konservativen Protestanten. Die bewaffneten Konflikte zwischen Radikalen und Ultramontanen im Tessin, Wallis, Aargau, Luzernischen zwischen 1841 und 1846 kosteten mehr Menschenleben als der Sonderbundskrieg Ende 1847.

Während der Kulturkampf-Graben, der häufig als konfessioneller missdeutet wird, weiter bestand, entstand zwei Jahrzehnte nach der ersten Bundesverfassung 1848 **ein dritter Graben** - innerhalb des siegreichen Freisinn: **das Volk der Kleinbesitzenden und Lohnbezüger gegen das neue grosskapitalistische System Escher.** „System-Change“ bedeutete damals vor allem Gründung von kantonalen Staatsbanken und Direkte Demokratie. Auf Bundesebene kam 1874 das Referendumsrecht und 1891 das Initiativrecht. In diese Demokratisierungs-Serie gehört auch die Einführung des Proporz bei Nationalratswahlen 1919. Damit war der Graben zwischen Elite und Volk nicht mehr so tief.

Während sich um die vorletzte Jahrhundert-Wende die Konfessions- und die Kulturkampf-Spannungen entschärften – auch dank der Aufnahme eines Katholisch-Konservativen in den Bundesrat im Jahre 1891 - taten sich zwei neue Gräben aufgetan: der zwischen **Arbeit und Kapital**, der zur Gründung der Sozialdemokratie 1888 und zur Bildung eines Bürgerblocks nach dem Landesstreik von 1918 führte. Und der zwischen **Romandie und Deutschschweiz** während des Ersten Weltkriegs, der den Zusammenhalt des Bundesstaates ernsthaft gefährdete. Ohne die organisierte Arbeiterbewegung, die auch in der Deutschschweiz nicht deutschfreundlich war und vor allem ohne die Neutralität wäre die Schweiz damals wohl auseinandergebrochen – oder in den eigenen Gräben des Ersten Weltkriegs abgestürzt.

In der **Zwischenkriegszeit** gab es einen Hauptgraben zwischen **Sozis und Bürgerlichen** und in den 30er Jahren einen – vergessenen – **Graben zwischen reichen und ärmeren Bauern** – mindestens in den protestantischen Gebieten. 1935 erreichte die Kriseninitiative der Gewerkschaften bei einer Beteiligung von 84 Prozent einen Ja-Anteil von 43% nicht zuletzt dank der aktiven Unterstützung aus protestantischen Bauerndörfern. So stimmten ländliche Kantone wie Bern und Baselland deutlich zu. Im Aargau betrug der Ja-Anteil beachtliche 48,1%.

Der tiefe soziale Graben, der im Achtungserfolg der Kriseninitiative zum Ausdruck kam, wurde im Zweiten Weltkrieg zugeschüttet – auch dank Zugeständnissen an die Linke wie den Erwerbssersatz für Soldaten und später die Einführung der AHV oder die Allgemeinverbindlicherklärung von

Gesamtarbeitsverträgen und die Aufnahme der SP in den Bundesrat. Ein weiterer Faktor, der die soziale Frage entschärfte, war die **Geistige Landesverteidigung**, die sich stark um die Armee drehte, die Aktivdienst-Generation vereinigte und das offizielle Selbstverständnis stark **vermännlichte und nationalisierte** – in der Deutschschweiz mehr als in der Romandie.

Vor diesem Hintergrund öffneten sich **zwei neue Gräben**: der **Geschlechtergraben** und der **Schwarzenbach-Graben**. In keinem Land Europas war in den beiden Nachkriegsjahrzehnten die Geschlechter-Trennung derart zementiert, der Geschlechter-Graben derart tief wie in der Schweiz. 1929, als innert 3 Monaten 250'000 Personen, darunter 80'000 Männer, eine Petition für die Einführung des Frauenstimmrechts unterschrieben, war die Schweiz dem Frauenstimmrecht näher als 1959, als 67 Prozent es ablehnten, obwohl die Romandie ja stimmte. Der Geschlechter-Graben konnte erst ab 1967 zugeschüttet werden, als der männlich-militärische Zement zu zerbröckeln begann. Die Schweizer Männer wurden reif für das Frauenstimmrecht, als sie begannen, längere Haare zu tragen. Dass es später noch weitere Schritte brauchte und braucht, muss ich hier nicht weiter ausführen.

Allerdings dürfte der Geschlechtergraben auf die Länge leichter zuzuschütten sein, als der Schwarzenbach-Graben, der seit den 1960er Jahren immer wieder aufgerissen wird. Die im wahrsten Sinne des Wortes aus-grenzende Initiative schaffte im Juni 1970 trotz ihrer Radikalität 46% Ja-Stimmen, im Aargau waren es 47.5%. Die Mehrheit der Deutschschweizer Arbeiter hatten anders als die Parolen der SP und der Gewerkschaften gestimmt.

Ab den 1970er Jahren verlieren die klassischen Konfessionskampf-, Kulturkampf- und Klassenkampf-Gräben an Bedeutung. Damit lösen sich die zwei dichtesten Milieus auf: das katholische und das sozialdemokratische. Die zwei allerwichtigsten Hintergründe sind die **Säkularisierung** und die **Individualisierung**. Diese beiden Faktoren werden seither verstärkt durch die **Tertiarisierung** des wirtschaftlichen und die **Pluralisierung** des gesellschaftlichen Lebens. Und alle vier werden sie wiederum beschleunigt durch zwei Neuheiten: Fernsehen und Auto.

Die beiden Parteien, die – anfänglich - am stärksten betroffen sind durch diese Veränderungen sind die Katholisch-Konservativen und die SP. Die Synode 1972 und die Abschaffung der konfessionellen Ausnahme-Artikel 1973 sowie die Loslösung des katholischen Jura aus dem protestantischen Bern wären ohne Säkularisierung und II. Vatikanum kaum möglich gewesen. Sie zwingen den politischen Katholizismus dazu, sich neu zu erfinden. Der neue Name war CVP, die neue Linie anfänglich eine zentristische.

In der SP gibt es in den 70er und 80er Jahren zwischen der alten und einer neuen Linken eine Kaskade von Auseinandersetzungen, die für die ganze Gesellschaft **eine neue Konflikt- oder Gräben- oder Vielfalts-Konstellation** ankündigen. Ich nenne die innerparteiliche Spaltung der damaligen Sozialdemokratie einen Kulturkampf um die 8 A: **Ausländer, Ausland, Asyl, Arbeit, Armee, AKW, Auto, Autonomie**. Mit Autonomie waren damals vor allem die Frauen gemeint. Dazu kam ein weiteres, neuntes A, das die CVP mehr betraf als die SP: **Abtreibung**.

Machen wir nun einen **Sprung in die Gegenwart** und schauen uns zuerst die damaligen neun A an, bevor wir fragen, was neu dazugekommen ist.

Stichwort Ausländer:innen Das schwerwiegendste Demokratie-Defizit der Schweiz ist der Ausschluss eines Viertels der erwachsenen Bevölkerung aus dem Souverän. Diese Tatsache ist umso befremdlicher, als das alltägliche Zusammenleben, Zusammenwohnen und Zusammenarbeiten von Einheimischen und Zugewanderten recht gut funktioniert. Das Positive hat zu tun mit der Kleinräumigkeit, die Gettobildungen erschwert, und auch mit der Tatsache, dass ohne Ausländerinnen und Ausländer die Wirtschaft und die Dienstleistungen gar nicht funktionieren

würden. Das Negative hat mit einem **Grundparadox der Schweizer Demokratie** zu tun: Das erste Land, in dem sich die Volks-Souveränität nachhaltig durchsetzte, aber das letzte Land, in dem die Juden im 19. Jahrhundert und die Frauen im 20. Jahrhundert in den Souverän aufgenommen wurden. Ein Land, das sich heute besonders schwer tut mit der Aufnahme von Zugewanderten in den Souverän. Woher dieses Paradox, das in der Romandie weniger ausgeprägt ist, stammt, darauf können wir vielleicht in der Diskussion noch eingehen. Einer der wichtigsten Modernisierungs- und Demokratisierungs-Schritte, den die Schweiz zu machen hat, ist der Wechsel vom ius sanguini, dem Herkunfts-Prinzip, zum ius soli, dem Territorialprinzip.

Stichwort Ausland: Die Fragen des Mitmachens in internationalen Gebilden gehört zu den umstrittensten – allerdings nicht seit jeher. So haben die Bundesväter von 1848 bewusst darauf verzichtet, die Neutralität als Zweckartikel in der Bundesverfassung festzuschreiben. 1920 stimmten 56% des Männervolks für den Beitritt zum Völkerbund. In der lateinischen Schweiz waren es über 80 Prozent. Die Deutschschweiz war gespalten, aber nicht zwischen Stadt und Land. Neben den Rechtsbürgerlichen waren auch die meisten Sozialdemokraten dagegen. Weil diese beiden Kräfte im Aargau stark waren, stimmten hier nur 35% für den Völkerbund.

Heute sind wir in der UNO. Neutralität ist kompatibel mit Universalität. Sie ist nicht kompatibel mit einem Sonderbund wie der Nato. Mit der EU, die grundsätzlich offen für alle ist, ist die Neutralität kompatibel – ausser im militärischen Bereich.

Stichwort Asyl: Die Schweiz war bis zum Ersten Weltkrieg ein aussergewöhnlich offenes Land für Flüchtlinge. So war es 1871 der einzige Staat, der Pariser Kommunarden aufnahm. Der verhängnisvollste Absturz war die Boot-ist-voll-Politik. Seither schwankt die Schweiz zwischen Offenheit und Verschlossenheit. Dass es unmöglich sein soll, russische Deserteure aufzunehmen, ist die Folge der Revision von 2012, wo Kriegsverweigerung als Asylgrund und auch das Botschaftsasyl abgeschafft wurden. Gerade Putins Krieg gegen die Ukraine zeigt, wie wichtig die beiden Rechte sind.

Stichwort Arbeit: In den 70er und 80er Jahren gab es grosse ideologische Debatten über die Frage, ob wir leben zum Arbeiten oder arbeiten zum Leben. Man wähte bereits einen den Wohlstand gefährdenden Generationen-Graben. Das Paradox ist, dass meine Generation nicht weniger workoholic wurde, als jene, die Angst hatte vor unserer Arbeitsscheu. Das Silicon-Valley, Symbol der grössten technologischen und wirtschaftlichen Fortschritte der letzten Jahrzehnte, ist eine Hippy-Gründung. Das Beispiel Arbeit zeigt, dass sich **weltanschauliche Erhitzungen** häufig als **Strohfeuer** entpuppen.

Zur Armee-Frage: Die Schweiz ist historisch kein besonders militärisches Land. Gerade weil es keine starke Armee gab – im Unterschied zu Preussen oder anderen Monarchien – fiel es dem Liberalismus leichter, sich durchzusetzen. Militärlastig wurde die Schweiz mit den beiden Weltkriegen, wobei der massivste Ausbau, was die Kosten, Personal und Mentalität betrifft, erst im Kalten Krieg stattfand. Als ich 1986 als Funker der Stabskompanie des Freiämter Bataillons 46 am Grossmanöver Dreizack teilnahm, hatte die Armee 800'000 Soldaten. Und wurden allein im fraglichen Jahr 573 junge Schweizer wegen Verweigerung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

In keinem anderen europäischen Land hatte die Armee-Frage nach 1968 zu einem derart massiven Graben in der Gesellschaft geführt wie in der Schweiz. Dieser hat sich seither relativiert. Die Abstimmung vom 26. November 1989 hat das Militär säkularisiert, was sich drei Jahre später in den 83% Ja zum Zivildienst eindrücklich bestätigte. Max Frisch hat 1988 gesagt, in der Schweiz könne man inzwischen ganz anständig über Religion oder über Sex reden, aber nicht übers Militär. Heute lässt sich recht anständig über das Militär reden. Schwieriger geworden ist dafür das Reden über etwas, das mit Sex zu tun hat: Gender! Oder über Religion, wenn es um den Islam geht. Auf Beides komme ich noch zu sprechen.

Die **AKW-Frage** hat die Gesellschaft nicht so lange wie das Militär, aber kurzzeitig sehr tief gespalten. Am tiefsten im Aargau! Auch wenn die Frage jetzt wieder aufkommt, halte ich sie für gelaufen. Ich glaube nicht, dass sie Konflikte wie die zwischen 1975 (Kaiseraugst) und 1986 (Tschernobyl) und dann wieder 2011 (Fukushima) provozieren wird.

Die **Auto-Frage**, welche in den 1980er Jahren zur Gründung einer Autopartei geführt hat, birgt mehr Konfliktpotenzial. Weil der Verkehr gegen 30% des CO₂-Ausstosses verursacht, und davon 60 Prozent auf das Auto fallen. Allerdings dürfte der Konflikt nicht mehr dieselbe ideologische Bedeutung haben, wie er sie mal hatte. Es wird mehr ein materieller Kosten-Konflikt sein.

Zur **Autonomie**: Die Forderung nach persönlicher Selbstbestimmung wurde in den 1970er Jahren vor allem von der Frauenbewegung erhoben. Bewegte Frauen wurden auch „**Emanzen**“ genannt. In Kombination mit dem griechischen Wort Autonomie (sich selber Gesetze geben) bedeutet das lateinische Wort Emanzipation (sich aus einem Hand-Griff befreien): individuelle Freiheit, auch über den eigenen Körper, als vollwertiger Mensch respektiert werden, Freiheit und Gleichheit auch in der Ehe, Gleichberechtigung im gesellschaftlichen, öffentlichen, wirtschaftlichen Leben sowie auf kultureller und sprachlicher Ebene.

In wenigen Fragen hat die Schweiz in den 51 Jahren seit Einführung des Frauenstimmrechts so viele Fortschritte gemacht wie in Sachen Frauen-Emanzipation. (In Klammer: Auch deshalb halte ich die Bestrebungen, wieder in die Zeiten des Abtreibungsverbots zurück zu kehren, für aussichtslos.) Die grössten Defizite gibt es auf wirtschaftlicher und auf kirchlich-katholischer Ebene, also zwei Welten, in denen die Demokratie wenig oder nichts zu sagen hat. Wenn die Wirtschaft die Frage der Lohngleichheit und der Frauenbeteiligung in Verwaltungsräten und Direktionen nicht ernst nimmt, wird sie heftigere Konflikte provozieren, als sie bislang hatte. Der erste Frauenstreik von 1991 hatte seinen Ursprung in einem Lohnkonflikt in der jurassischen Uhrenindustrie. Was die katholische Kirche betrifft, droht ihr ohne die Gleichberechtigung der Geschlechter in Europa und in den USA mittelfristig ein Sekten-Dasein.

Während etliche alte Gräben bleiben, sind in letzter Zeit neue aufgebrochen. Allerdings bleibt die Hoffnung, dass sich die meisten in Vielfalt verwandeln. Ein Beispiel ist die Frage der Homosexualität: Was noch vor Jahrzehnten sogar eine Frage des Strafrechts, noch vor Jahren von sozialer und beruflicher Diskriminierung war, ist heute kein Graben mehr, sondern wird als Vielfalt wahr und ernst genommen. Noch nicht so weit sind wir bei der Frage, ob es zusätzlich zum SIE- oder ER-SEIN legitim ist, ein ES zu sein. Max Frisch hat sich insofern getäuscht. Mit Ueli Maurer konnte ich ganz anständig über Kampffjets streiten, über die Gender-Frage dürfte es schwieriger sein.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Gender-Gräben, die in letzter Zeit aufgerissen wurden, mit oder ohne Gender-Sternchen überbrücken lassen. Dass ein Putin seinen Angriffskrieg mit der Gender-Frage verknüpft, müsste allen Vernunftbegabten und Friedfertigen besonders zu denken geben. Wenn die Mehrheit das SIE, ER, ES als Vielfalt anerkennt, lässt sich ein Graben verhindern, wie ihn die Ausgrenzung der Schwulen und Lesben geschaffen hat. Entscheidend ist nicht, ob das alle so sehen, sondern dass es eine deutliche Mehrheit so sieht. Eine intolerante Minderheit kann nur einen Graben schaffen, wenn die Mehrheit das zulässt, indem sie wegschaut.

Wie sieht es im Verhältnis zu Muslima und Muslimen aus? Mit dem **Minarett- und dem Burka-Verbot** wurden wenige Jahre nach der Aufhebung der letzten konfessionellen Ausnahmeartikel neue Ausnahme-Artikel geschaffen. Das hat in einem Land, in dem es nicht nur wenige Minarette und Burkas, sondern auch wenige Konflikte mit Andersgläubigen gibt, völlig unnötig einen neuen

religiösen Graben aufgerissen. Damit auch aus diesem Graben Vielfalt wird, braucht es die richtige Methode, Religionsfragen anzugehen.

Ich zitiere aus einer Predigt, die ich an Bettag 2018 in der Reformierten Kirche Herrliberg halten durfte zum Thema: „**Religion im Spannungsfeld privat – gesellschaftlich – staatlich**“:

„Eine politische Diskussion über Glauben und Religionen ist solange **furchtbar**, als wir von der **Zweiheit** Privat – Staat ausgehen. Sie wird erst dann **fruchtbar**, wenn sie auf der **Dreiheit** privat – gesellschaftlich – staatlich baut. (...)

Für das Kreuz (und andere religiöse Symbole) bedeutet die Dreiheit privat – gesellschaftlich – staatlich:

- Jede Person hat das Recht, ihren Glauben oder Unglauben symbolisch zu bezeugen. Das persönliche Tragen eines Kreuzes, einer Kippa, eines Kopftuchs oder eines Roten Sterns darf unter keinen Umständen verboten werden. (...)

- In der Gesellschaft, zu der auch die Landschaft gehört, sind alle Symbole zuzulassen. Auf dieser Ebene kommen geschichtliche Traditionen, kulturelle Erbschaften und konfessionelle Verhältnisse legitimerweise zum Tragen: In der Schweiz gibt es viele Kirchtürme und Gipfelkreuze, in Tunesien viele Minarette und Halbmonde.

- Der Staat verzichtet auf religiöse, aber auch antireligiöse Symbole.

Wenn wir hingegen von der Zweiheit Privat-Staat ausgehen, wird entweder das Kreuz in der Landschaft in Frage gestellt mit dem Hinweis auf dessen Verbot in staatlichen Gebäuden. Oder das Kreuz im staatlichen Schulzimmer wird verteidigt mit dem Hinweis auf das Kreuz auf dem Gipfel.“

Zwei Gräben, die sich in jüngster Zeit auftaten, sind der **Covid- und der Stadt-Land-Graben**. Sehr lehrreich war die Abstimmung über das Covid-Gesetz vor elf Monaten. Nach dem deutlichen Ja war der Graben praktisch verschwunden. In den Urkantonen, in denen die Trychler am lautesten waren, stieg der Ja-Anteil im Vergleich zur Juni-Abstimmung um zehn Prozent. **Die Direkte Demokratie hat auf einen Schlag einen Konflikt entschärft.**

Zum Stadt-Land-Konflikt: Die Mehrheit meiner grossen Verwandtschaft wohnt in Ortschaften wie Boswil oder Aristan, die Land sind, oder Muri, die so genannt werden. Im August trafen sich etwa 80 Personen zu einem Geburtstagsfest in Boswil auf einem Bauernhof. Fragen nach einem Stadt-Land-Konflikt lösten blosses Schulterzucken aus.

Gewichtiger ist ein anderer Graben, über den in letzter Zeit wenig gesprochen wird: der **Röstigraben**. Hier sehe ich ein Problem auf die Demokratie zukommen: Die Konzernverantwortungs-Konstellation: die Romandie, die eine schweizerische Stimmen-Mehrheit schafft, verliert trotzdem, weil die Deutschschweizer Stände das Volksmehr aushebeln. Historisch diente das Ständemehr dem Schutz und der Integration der katholisch-konservativen Minderheit. Heute dient es immer mehr dem Schutz der Deutschschweizer Mehrheit, genauer: Männer-Mehrheit vor der französischsprachigen Minderheit. **Ist ein minderheitenfeindliches Ständemehr noch haltbar?**

Die grösste Herausforderung an unsere Demokratie aber ist die Klimaerwärmung. Nur schon deren Abbremsen erheischt grosse Veränderungen im Wirtschaftlichen, beim Energieverbrauch, bei den Verkehrsträgern wie auch beim Autofahren oder beim Konsum. All das und noch viel mehr meint die Klimabewegung mit „System Change.“

Nun wissen wir spätestens seit dem Nein zum CO₂-Gesetz im Juni 2021, dass Umwelt-Vorlagen nur Mehrheiten gewinnen können, wenn sie sozial gerecht ausgestaltet sind. Die damalige Vorlage stürzte vor allem deshalb ab, weil sie dem Mittelstand höhere Flugpreise zumutete, aber das Finanzkapital oder den Rohstoffhandel völlig verschonte. Heute erheischt eine soziale Energiepolitik, dass die Übergewinne, die Rohstoffkonzerne erwirtschaften, durch eine Sondersteuer abgeschöpft und für die soziale Abfederung der höheren Strom-, Gas- und Ölkosten eingesetzt werden.

Gerade weil der Klimaschutz Opfer fordert, wird er die Menschen auch sozial sensibler machen. Und hier haben wir ein Graben-Problem, mit dem ich schliessen will. Laut Vermögensstatistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung ist der Anteil des reichsten Prozents am privaten Gesamtvermögen zwischen 2003 und 2018 von 40 auf 53 Prozent gestiegen. **Kann die Demokratie den Citoyennes und Citoyens gehören, wenn der Grossteil der Schweiz wenigen Bourgeois gehört?**

Die Volksrechte sind unglaublich wertvoll für die Überwindung von Gräben. Aber um die Gräben kleiner zu machen, braucht es mehr.